

Der Siedlungsskandal von Reckenfeld

Eine Dokumentation von Bernhard Gronotte

Veröffentlicht durch die **Westfälischen Nachrichten** vom 16. Januar 1988

(Bernhard Gronotte, - Jahrgang 1900 - gebürtiger Grevener, pensionierter Zahnarzt und Autor dieser Dokumentation, hat sich schon von Jugend an für seine Heimatgemeinde engagiert. Auch heute noch gilt sein hellwaches Interesse dem politischen Geschehen. Nie hat er den bequemen Weg gesucht, immer war er kritischer Mahner und Mitgestalter politischer Entwicklungen. Das zeigte sich schon früh, als er sich Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre intensiv um das Schicksal Reckenfelds und seiner damaligen Siedler kümmerte, veranlasst durch die dortigen skandalösen Vorgänge. Bereits 1928 war er als Spitzenkandidat des Mittelstandes in die damalige Amts- und Gemeindevertretung gewählt worden; 1932 wurde er Gemeindevorsteher von Greven-Dorf)

Gronotte: „[...] fühle ich mich verpflichtet, über den bereits länger fälligen Siedlungsskandal in Reckenfeld nach eigenem Erleben und Erleiden zu berichten:

1931: Die Rolle der zwielichtigen Eisenhandelsgesellschaft Regierung machte die Gemeinde verantwortlich

Das war der Fluch der bösen Tat, die fortwährend Böses muss gebären: dass das Reichsfinanzministerium das billige, im ersten Weltkrieg den Bauern abgenommene Gelände nicht etwa ihnen oder einer geeigneten Siedlung, sondern der zwielichtigen Eisenhandelsgesellschaft Ost (hier EHG genannt), dazu für einen Spottpreis, übergab -und es so beim Schleifen des Munitionsdepots Reckenfeld - unter Duldung der Regierung - zum ‚Schreckenfeld‘ werden ließ.

Als Beweis und zur Begründung des zu schildernden „Siedlungsskandals“ in Reckenfeld, dessen erfolgreiche Beendigung durch die von der Grevener Amts- und Gemeindevertretung gewählte „Berliner Kommission“ erzwungen wurde und erst die positive Entwicklung der Gartenstadt durch die sesshaft gewordene, heimatbewusste Bevölkerung ermöglichte, berufe ich mich größtenteils wörtlich auf die bereits 1931 notwendig gewordene, von der Kommission erarbeiteten Denkschrift, die allen zuständigen Behörden - später auch als Antwort auf die von der Regierung in Münster erfolgten unrichtigen Erklärungen - zugestellt worden war. Erst nach Kenntnisnahme mancher für völlig unmöglich gehaltener Fakten ist vor allem die nachgewachsene Bevölkerung in der Lage, den zu schildernden Skandal mitzuempfinden.

Herr Geitz, früher Angestellter der zwielichtigen EHG und später Mitglied der Gemeindevertretung von Greven links der Ems, hat als Wissender zur Erstellung der Denkschrift wesentlich beigetragen. Während nur auf die Entstehungsgeschichte im Bericht über den Siedlungsskandal näher aufklärend einzugehen ist, muss sich die weitere Schilderung auf die wichtigsten Schwerpunkte beschränken.

Die Entstehung der Siedlung

Die Regierung in Münster ging in ihrer Denkschrift von der wiederholten Annahme aus, dass ein außenpolitischer Zwang zum Verkauf des ehemaligen Munitions-Depots geführt habe, der später dann aber zu dessen Besiedlung durch die völlig unfähige und skrupellose EHG missbraucht wurde. Der Kommission konnte natürlich nicht jeder Presseartikel über Reckenfeld bekannt sein. Es konnte auch nicht ihre Aufgabe sein, auf etwa vorkommende Übertreibungen seitens der Presse einzugehen. Sie musste sich vielmehr auf die von ihr erarbeitete, den Vertretungen des Amtes und der Gemeinde links der Ems an die Hand gegebene Denkschrift berufen. Der Kommission war der außenpolitische Zwang sehr wohl bekannt, sie stand aber weiterhin noch auf dem Standpunkt, dass außenpolitische Rücksichten nicht zu einer ungeheuren Bereicherung, der EHG in Zukunft Gesellschaft genannt, insbesondere auch nicht zu einer skandalösen Verwendung öffentlicher Mittel führen dürften. Jedenfalls dürften die mehr als guten Beziehungen des Direktors der Gesellschaft, Herrn Wilde, zu den Behörden bereits wesentlich zum Verkauf des Lagers an die Gesellschaft beigetragen haben!

Auch die Verhandlungen über den Ausbau der sogenannten Musterbauten haben sich ca. ein halbes Jahr hingezogen, so dass von einem Zwang zu einer außerordentlichen Beschleunigung nicht gesprochen werden kann. Weshalb unter solchen Umständen eine EHG, die doch in Siedlungsfragen und ihrer Durchführung gar keine Ahnung hatte, einem Unternehmen vorgezogen wurde, das in der Lage bereit und vertrauenswürdig war, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, bleibt das große, nie völlig zu lösende Rätsel!

Die Kommission glaubte aber nicht zuviel zu sagen, wenn sie hier bereits von einer skandalösen Verschleuderung eines großen Volksvermögens sprach. Sie sieht aber auch ihre Aufgabe darin, gerade in die Entstehungsgeschichte Licht zu bringen, da nach Klärung die Schuldfrage auch die Schuldigen die moralische und die rechtliche Verpflichtung haben, den angerichteter Schaden wieder gut zumachen, soweit das überhaupt noch möglich ist.

Und was hat nun die Gesellschaft für den Kaufpreis von 100 000 RM (*Anmerkung: es waren (GM) Goldmark*), den zudem noch in Papiermark gezahlt worden sein soll, erhalten? (*Anmerkung: Um welche Summe es sich handelte, siehe*

http://www.geschichte-reckenfeld.de/kapitel/entstehung/verkauf_depots/start.html)

- 568 Morgen Land, teils mit Waldbeständen
- 168 massive Betonlagerschuppen, ca. 70 Quadratmeter Bodenfläche
- 24 massive Betonlagerschuppen, ca. 300 Quadratmeter Bodenfläche
- 16 massive Betonlagerschuppen, ca. 500 Quadratmeter Bodenfläche = 208 Schuppen
- 4 große Verwaltungsgebäude und 6 andere wertvolle Gebäude wie Lokomotivschuppen und Wohnhäuser
- ca. 30 Kilometer (*Anmerkung: 22,6 km ist richtig*) Normalspur-Gleisanlagen mit Abstellbahnhof (*Anmerkung: Richtigerweise muss es heißen: Übergabebahnhof*) (der später von der Gesellschaft seitens des Reichsfinanz-Ministeriums zurückgekauft werden mußte)
- viel wertvolles sonstiges Material.

Das ganze Gelände war mit einem ca. 15 Kilometer langen, über 2 Meter hohen Beton-Maschendraht-Zaun umgeben. Der Verkauf erfolgte zu einer Zeit, in der Metall bereits in Goldmark gehandelt wurde. Allein die Schienen hatten damals einen vielfach höheren Wert, als der verschleuderte Gesamtkaufpreis des Lagers ausmachte. Der durch die Kommission veranschlagte Wert bei Berücksichtigung der geringen Preise in der ländlichen Gemeinde wurde auf mindestens 5 Mill. geschätzt, der wirkliche Wert aber später weit höher.

In dem Zusammenhang sei besonders vermerkt, dass bis damals (1931) folgende Kapitalien in Reckenfeld, auf die Gemeinde l. d. E. keinerlei Einfluss hatte, investiert wurden:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------|--------------------|
| • Hauszinssteuerdarlehn an die Siedler | 500.000 RM |
| • Hauszinssteuerdarlehn an die Gesellschaft | 90.000 RM |
| • Hypothek des Reichsfinanzministeriums | 100.000 RM |
| • Eine weitere Hypothek des Reichsfinanzministeriums auf Flur I | 60.000 RM |
| • eine weitere Hypothek der Pfandbriefanstalt Münster von | 100.000 RM |
| • Zusammen: | 850 000 RM. |

In diesen Zahlen sind die Abfindungssummen für 50 Kriegsbeschädigte, die ebenfalls sehr hoch sind, nicht enthalten.

Die außergewöhnlichen, hohen Zuweisungen beweisen wiederum die starke aber merkwürdig empfundene Förderung der Gesellschaft durch die Behörden. Nach längeren Auseinandersetzungen über den Missbrauch der öffentlichen Gelder durch die zwielichtige Gesellschaft heißt es in der Stellungnahme der Kommission weiter: Ist schon der Gedanke, dass in dieser Besiedlungsmisere eine EHG als überflüssiger Zwischenträger auftritt, anstatt die öffentlichen Mittel dem eigentlichen beabsichtigten Zweck direkt zuzuführen, unvorstellbar, so erscheint es um so unverantwortlicher, weshalb die Regierung nicht zu dieser selbstverständlichen herausgeforderten Auffassung kam und scheinbar immer noch nicht gekommen ist!

Die Staatsanwaltschaft überließ demnach die Prüfung den Aufsichtsstellen, und das war doch die Regierung, während die Regierung diese Kontrolle wiederum dem Gericht, das soll doch heißen; dem Staatsanwalt, zuschob. Aufgrund dieser Tatsachen hat scheinbar auch Herr Wilde gewagt, in der Presse feststellen zu lassen, dass noch keine Behörde gegen ihn Anzeige erstattet habe, obwohl der Betrug an Reich, Staat und Siedler seit langem feststehe. Die Kommission hat daraufhin, ob zuständig oder nicht, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, ohne allerdings auch nur das Geringste davon gehört zu haben!

Auf alle diese Angaben ging die Regierung in ihrer Antwort nicht ein, so dass auch diese skandalösen Vorgänge als wahr unterstellt wurden. Gleichgültig dürfte dabei für die Öffentlichkeit sein, ob es sich bei einzelnen Behauptungen mehr um eine Staats- oder Reichsangelegenheit handelte.

Zu den skandalösen Schulverhältnissen nur folgender kurzer Auszug: Durch Vernehmung der Lehrer hätte die Regierung feststellen können und müssen, dass die Kinder bei Fehlen der notwendigen Schulbänke auf Margarinekisten sitzen und die Bänke wegen Platzmangels bis an die Stirnwand des Schulzimmers gerückt

werden mussten. Außerdem hatten 3 Lehrpersonen ca. 300 Kinder zu betreuen! Wenn die Regierung neben 3 festbesoldeten Lehrern 2 weitere Hilfskräfte später in Reckenfeld belassen hat, so war das nur auf die Initiative der Kommission zurück zu führen.

Soziale Verhältnisse

Über die sozialen Verhältnisse berichtet wörtlich die Denkschrift wie folgt: Die Lebensweise der Familien ist sehr unterschiedlich. Eine Anzahl pensionierter Steiger und auch Schwerkriegsbeschädigter lebt mit ihren Familien in geordneten Verhältnissen. Viele Kleinrentner, hauptsächlich Knappschaftspensionäre, haben jedoch nur eine geringe Rente, von der sie nach Abzug der auf den Kaufpreis des Grundstücks zu zahlende Raten und Zinsen nicht mehr leben können. Sie fallen deshalb bereits zunehmend dem Wohlfahrtsamt zur Last.

Von der noch arbeitsfähigen und auf Verdienst angewiesenen Bevölkerung finden nur junge Burschen und Mädchen, und auch nur zur Zeit, Arbeit in den Textilfabriken in Greven und Emsdetten. Der größte Teil der erwachsenen Arbeiter bezieht Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Die vorhandenen Handwerker und deren Hilfsmittel haben sich bisher größtenteils nur durch Ausführung von Bauarbeiten, die aufgrund der Hergabe von Hauszinssteuerdarlehn gemacht wurden, halten können. Der geringe Ertrag der kleinen Bodenfläche, meist $\frac{3}{4}$ Morgen, bietet den Siedlern eine kaum nennenswerte Beihilfe, zumal er sich meist finanziell außerstande sieht, dem Boden den nötigen Dünger zuzuführen. Kaum erwachsene Söhne und Töchter von Familien, die den Unterhalt ihrer Kinder nicht mehr bestreiten können, schließen sogenannte Wohlfahrtsehen, um dann aufgrund des nur scheinbar neugegründeten Hausstandes in den Besitz der Wohlfahrtsunterstützung zu gelangen, um so den Haushalt ihrer Eltern zu entlasten. Viele bestreiten teilweise ihren Lebensunterhalt durch Borgen bei den Handwerkern und Geschäftsleuten in Reckenfeld, Greven und Emsdetten, so dass bei einem weiteren Zusammenbruch der Siedlung auch diese Kreise größeren Schaden erleiden. Manch notleidende Familie durchzieht hamsternd das Land. Diese Angaben werden auch heute noch aufrechterhalten bis auf die zwischenzeitig wesentlich vergrößerten Zahlen der Unterstützungsempfänger. Die außergewöhnlich starke Zunahme der Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen, worauf die Kommission bereits früher eindeutig hingewiesen hat, wurde von der EHG noch wesentlich unterstützt, wenn die Gesellschaft in dem Lager Schneidemühl, wie die Reckenfelder bezeugen können, folgenden Anschlag anbringen ließ:

„Auf nach Hembergen = Reckenfeld, 25 Familien gesucht! Für Wohnung und 1 Jahr Arbeit wird garantiert. Eisenhandels-gesellschaft Ost.“

Gegen solchen Zuzug wehrten sich damals Gemeinde, Amt und, wenn auch nur zunächst, der Regierungspräsident in Münster. Wie rapide sich die sozialen Verhältnisse in der Siedlung - auch dadurch unterstützt - wirklich verschlechterten, zeigt die außergewöhnliche Zunahme von Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern. Als Beweis hierfür nur der Schlusssatz einer diesbezüglich erstellten Tabelle:

- Von den rund 1400 Einwohnern der Siedlung werden 520 Personen in den 3 Unterstützungsgruppen unterstützt, also 37 Prozent, davon in der Wohlfahrt 380 Personen oder 27 Prozent aller Bewohner der Siedlung
- Das ganze Amt Greven hatte am 30.4.1932 bei ca. 13.500 Einwohnern 266 Wohlfahrtsempfänger; davon hatte die Siedlung allein 129, also fast die Hälfte bei der nur 10 Prozent der Gesamt-Amts-Einwohnerzahl
- Die Gemeinde Greven links der Ems zählte am 30.4.1932 bei 3.200 Einwohnern 135 Wohlfahrtsempfänger, davon entfielen auf die alte Gemeinde bei 1.800
- Einwohnern nur 6 gegen 129 bei 1.400 Einwohnern in der Siedlung
- Im Regierungsbezirk Münster kamen im April 1932 auf 1.000 Einwohner: 36 Wohlfahrtsempfänger
- Im Amt Greven ohne die Siedlung auf 1000 Einwohner, 11 Wohlfahrtsempfänger
- In der Gemeinde l. d. E. ohne die Siedlung auf 1.000 Einwohner 3 Wohlfahrtsempfänger
- In der Siedlung auf 1.000 Einwohner 92 Wohlfahrtsempfänger
- Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in der Siedlung lag mit 92 pro 1000 wesentlich höher als die Zahl der am meisten belasteten Stadt Gladbeck im Regierungsbezirk Münster!

Wegeverhältnisse

Zu den katastrophalen Wegeverhältnissen, die allein die Gemeinde l.d.E. den wirtschaftlichen Zusammenbruch befürchten ließ und schon zeitig eine entsprechende Kommission erforderte, hat die spätere

große „Berliner-Kommission“ in weit mehr als 10 Seiten kritisch und anklagend Stellung genommen. Hierzu nur einige wenige, aber bedeutungsvolle Auszüge: Die Angaben der Regierung bezüglich der Beachtung der baupolizeilichen und Ansiedlungsvorschriften treffen in keiner Weise zu. Bei fast allen Bauten ist sowohl die Baupolizei als auch die Ansiedlungsgenehmigung entgegen den bestehenden, gesetzlichen Vorschriften erteilt worden!

Erst die Tätigkeit der Kommission führte hier eine Änderung herbei, und die Gesellschaft wurde wenigstens zu gewissen wegrechtlichen Verpflichtungen gezwungen. Bei allen Neusiedlungen hatten die Behörden vor Beginn der Siedlung auf eine Offenlegung der Wege zu achten. Das Ansiedlungsgesetz und auch die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten verlangten ausdrücklich die Schaffung eines gesicherten Zugangs zu den zu bebauenden Grundstücken. Diese Vorschriften wurden jedoch im Interesse der Gesellschaft außer acht gelassen. Die Behörden haben aber z. Zt. nicht etwa angenommen, die Gleisdämme seien gesicherte Wege, sondern sie wussten ganz genau, dass diese Gleisdämme keinen jeder Zeit gesicherten Zugang zu den einzelnen Siedler-Stellen bildeten und dass vor Beginn der Siedlung diese Zuwegung geschaffen werden musste. (Tatsachen, die schriftlich alle bewiesen worden sind.) Das vom Regierungspräsidenten herangezogene kommunale Abgabengesetz war auf Reckenfeld nicht anwendbar, weil kein entsprechendes Ortsstatut für Greven l.d.E. vorhanden war!

In ihrer leichtfertigen Antwort machte die Regierung die Gemeinde für die unregelmäßigen Wege- und Eigentumsverhältnisse innerhalb der Siedlung verantwortlich. Die Gemeinde hat diese Auffassung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Aber selbst dann, wenn man all diese genannten Schwierigkeiten als beherrschbar ansehen würde, so war für die Gemeinde die Frage aufzuwerfen, wie der Kapitalbedarf von RM 120 000 gedeckt werden sollte. Die Gemeinde konnte bei ihrem geringeren Steueraufkommen bereits nur die geringsten Aufgaben erfüllen und keinen Anteil zu irgendwelchen Wegekosten übernehmen. Die zum Ausbau und zur Unterhaltung der Wege erforderliche Summe würde etwa das gesamte Steueraufkommen von 2 Jahren in der Gemeinde ausgemacht haben. Aus Vorstehendem ergibt sich die Unmöglichkeit der Übernahme der Wege durch die Gemeinde, solange nicht deren Finanzierung anderweitig einwandfrei sichergestellt war. Diese Ausführungen beweisen aber auch, dass die Regierung allein die Schuld an den verworrenen Wegeverhältnissen in Reckenfeld trug, weil sie eine Regelung dieser besonders schwerwiegenden Frage vor Inangriffnahme der Besiedlung verabsäumt und sie dann nur im Interesse einer bereits übel beleumdeten EHG gefördert hatte.

Nach diesen bewiesenen herausgeforderten Tatbeständen, die allein schon die Bezeichnung eines Skandals rechtfertigen, ganz abgesehen von den vergeblichen Versuchen der Kommission die Regierung in Münster von dem skandalösen Verhalten der EHG zu überzeugen, fühlte sich der um das Amt Greven besorgte Landrat Dr. Stiff verpflichtet, den Besuch der Kommission in Berlin zu veranlassen und vorzubereiten.

Während das bereits selbst finanziell belastete Wohlfahrtsministerium die Kommission freundlich begrüßte, aber die Akten wegen bereits erkannter Aussichtslosigkeit betreffs Reckenfeld geschlossen hatte, glaubte das zur Aufsicht verpflichtete Innenministerium, sich mit der Feststellung entschuldigen zu können, dass doch durch Erhöhung der Ansiedlungsgebühren der außergewöhnliche Zuzug von Arbeitslosen hätte verhindert werden können. Da aber diese sich selbst aufdrängende Möglichkeit durch die Gemeinde l.d.E. bereits versucht, aber behördlich nicht anerkannt war, wurde das Innenministerium darauf aufmerksam gemacht, dass die zur Bekämpfung des Siedlungsskandals gewählte Kommission - gerade auch nach Auffassung des Landrats Dr. Stiff - besonders das Innenministerium als Aufsichtsbehörde, auch über die Regierung in Münster, in Anspruch nehmen müsse.

Beim Besuch des in erster Linie bereits in der Denkschrift stark belasteten Reichsfinanzministeriums hatte die Kommission sowieso nicht viel zu erwarten, eine Tatsache, die noch erhärtet war, als bereits der übel beleumdeten Geschäftsführer der EHG im Ministerium gesichtet wurde.

Am Schluss der vorgetragenen Anklagen unter Hinweis darauf, dass bereits in Greven eine große Protestversammlung mit Hilfe auch der führenden westdeutschen Presse vorbereitet werde, verabschiedete sich die Kommission mit den Worten: „Auch ohne Hilfe des Reichsfinanzministeriums werde die betrügerische EHG mit Sicherheit zur Strecke bringen, auch wenn ihr Geschäftsführer anscheinend im Ministerium ein- und ausgehe.“

Diese Veröffentlichung war wahrlich die beste Unterstützung für die einige Tage später abgegebene, von der Regierung nicht mehr widersprochene Erklärung des Amtes und dessen Kommission. Hier nun der in die Zukunft weisende Schlusssatz der Kommission: „Wir behalten uns vor, nach einigen Wochen erneut die

Öffentlichkeit aufzurufen und dann auch internere Angelegenheiten zur Sprache zu bringen. Der Wahrheit die Ehre!“

Gerade auch diese Auffassung bekräftigte der die Kommission immer unterstützende Landrat Dr. Stiff, als er einige Zeit später anlässlich eines Besuches das Kommen des „Kommissars“ aus Berlin bereits andeutete, um dann kurz darauf in einer Tagung der Amtsvertretung die Bitte vorzutragen, zu der bevorstehenden großen Sitzung in Münster bei Anwesenheit des Kommissars als Vertreter des Amtes Greven den Vorsitzenden der Kommission zu bestimmen.

Zu dieser großen Versammlung in Anwesenheit aller Behörden des Land- und Stadtkreises, nicht zuletzt auch der Vertreter der Finanz- und Steuerbehörden, nur ein kurzer Bericht.

Nach dem klaren Referat des Landrats über die mehr als zwielichtige Besiedlung und die eindeutige Haltung, auch bereits der westdeutschen Presse, stellte der Kommissar dennoch die Frage, wieso die Presse, auch schon die in Berlin, über einen Siedlungsskandal in Reckenfeld berichten könne und wer dafür verantwortlich sei.

Nach einem verständnisvollen Blick zu dem benachbarten Landrat bat ich ums Wort, um mit erhobener Stimme zu erklären: „Der Verantwortliche steht vor Ihnen, Herr Kommissar, und erlaubt sich, Sie an die in Berlin ausgesprochene Warnung zu erinnern, daß die Kommission nicht ruhen werde, bis die skandalöse Besiedlung durch die Eisenhandelsgesellschaft Ost beendet ist.“ Darüber hinaus habe die Kommission zu der großen Volksversammlung vom 3. Dezember auch die Vertreter von zwei führenden westdeutschen Zeitungen erbeten, die nach der eindrucksvollen Entschließung von sich aus erklärten, über den Siedlungsskandal von Reckenfeld kritisch berichten zu wollen. „Die Herren haben, wie es scheint ihr Wort gehalten und werden weiterhin für die Wahrheit in Übereinstimmung mit der heimischen Presse zur Verfügung stehen. Außerdem erlaube ich mir im Interesse von Wahrheit und Klarheit, auch in der von Ihnen angeordneten Versammlung, als der von der Amtsvertretung einstimmig beauftragte Vertreter die Frage: Wieso war denn das Reichsfinanzministerium veranlasst, einer derartig zwielichtigen Eisenhandelsgesellschaft das Gelände beim Schleifen des Munitionsdepots für einen Spottpreis an die Hand zu geben und dazu noch die Bahnhofsanlage für das Depot zurückzukaufen und - was ist dafür von Ihrem Ministerium bezahlt worden?“

Diese nicht beantwortete Frage sprach nicht nur für sich, sondern war auch für den nur aus seiner Praxis kurz beurlaubten Vorsitzenden Veranlassung, sich mit einem dankbar empfundenen Händedruck des Landrats zu verabschieden, und zwar mit der beglückenden Überzeugung, dass auch diese große Versammlung von einem Siedlungsskandal überzeugt war.

Wohl aufgrund der Tatsache, dass der Kommissar des Reichsfinanzministeriums gescheitert war, erfolgte auch keine weitere Intervention der Regierung in Münster, sondern eine Einladung an den Vorsitzenden der Kommission zu einer Rücksprache, zu der ihm die Auswahl der ihn zu begleitenden Herren überlassen war.

In dieser letzten Besprechung über die auch in der gesamten Presse als Siedlungsskandal bezeichneten Affäre erlebte die Kommission mit dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Studienassessor Berkenheide, und drei Mitgliedern des s. Z. bereits von der Gemeinde links der Ems zur Beendigung des Siedlungsskandals gewählten Ausschusses beim Betreten des Sitzungssaales eine ebenso unerwartete wie herausfordernde Überraschung, als sich neben dem wohl schlecht informierten Vizepräsidenten der Regierung, der bereits übel beleumundete, für jegliche Diskussion abgelehnte Oberbaurat befand.

Diese Tatsache erregte nicht nur die noch stehende Kommission, sondern forderte auch auf die Feststellung, dass die Kommission nicht befugt sei, über die Mitarbeiter des Regierungspräsidenten zu entscheiden, meine Antwort heraus: „Herr Präsident, die Kommission maßt sich zur Auswahl ihrer Mitarbeiter keinerlei Rechte an, fühlt sich aber aufgrund der bereits in der Presse bewiesenen Vorkommnisse beleidigt und hat nur noch zu erklären: Ihr Oberbaurat oder die Kommission!“ Nach ca. zehnmütiger Beratung erscheint die Regierungsvertretung ohne den Baurat!

Darauf begann eine mehr als fünfeinhalbstündige offene Darlegung auch über nicht für die Öffentlichkeit bestimmte eindeutige Fakten. Nach ca. zwei Stunden ernster Debatte erhob sich spontan der Vertreter der Gemeinde links der Ems, der lebhaft Landwirt Kajüter, um ungefragt zu erklären: „Als wir s. Z. wie auch heute als Vertreter der Gemeinde links der Ems bei der Regierung vorstellig wurden, erhielten wir kurz die Antwort: Halten Sie hier keine Volksreden.“

Nach meinem eindeutigen Hinweis, dass für das bisherige unmögliche Verhalten der Regierung kein Platz mehr sei, kam es in den folgenden drei ein halb Stunden zu einer teils dramatischen Auseinandersetzung, die

dem auch um die Wahrheit bemühten, schon sehr beeindruckten Vizepräsidenten zu der Feststellung veranlasste, er habe es nicht für möglich gehalten, dass ein preußischer Beamter sich derartig hätte missbrauchen lassen.

Trotz des einsichtsvolleren Verhaltens des jetzt federführenden Vizepräsidenten konnte die entsprechende Feststellung nicht unterbleiben, dass die Kommission bereits jahrelang auf das Versagen der Regierung hingewiesen, aber nur die Regierungspressestelle einmal geantwortet habe, und zwar der Wahrheit widersprechend. Daraufhin offenbarte sich die wirkliche Grundhaltung des Vizepräsidenten, als er auf mich zukam, mir beide Hände drückte, um festzustellen: „Die Kommission hat uns überzeugt, dass die Regierung die Eisenhandelsgesellschaft Ost nicht nur fallen lassen wird, sondern sich auch veranlasst fühlt, für Reckenfeld und für das Amt Greven für die Zukunft entsprechendes Verständnis zu zeigen.“

Nach diesem Versprechen wurde denn auch die völlige Liquidation der Eisenhandelsgesellschaft Ost durch den Landkreis Münster erreicht, der dann für den zu bildenden Ausschuß als Beisitzer den Vorsitzenden der Berliner Kommission erbat, deren Tätigkeit damit beendet war.

Abschließend bleibt zu dem berichteten Siedlungsskandal nur noch festzustellen, dass der jetzige Regierungspräsident, Herr Schleberger, anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Freilichtbühne als deren Schirmherr am Abend der eindrucksvollen Feier aller Mitglieder und Ehrenmitglieder in einem sich aufdrängenden Gespräch mir erklärte, dass ihm von einem Siedlungsskandal in Reckenfeld und dem völligen Versagen der Regierung bisher nichts bekannt geworden sei, er aber durchaus Verständnis dafür habe, wenn ich darüber in Wahrheit berichten würde.

In der freudigen Überzeugung, die Wahrheit erfolgreich bewiesen zu haben, bleibe ich um so mehr auch der größeren Gesamtaufgabe verpflichtet, nämlich zu einer umfangreichen Heimatforschung beizutragen. Aufgrund erfolgter Telefonanrufe bleibt die von mir nicht zu beantwortende Frage im Raum: Hat die eigene spätere Verwaltung für die früher betrogenen Siedler immer das gebotene Verständnis gehabt?

Unter der Überschrift „Scharfe Kritik – Siedlung Reckenfeld“ berichtete seinerzeit die Lokalpresse über die große öffentliche Versammlung zum Thema Reckenfeld, die am 3. Dezember 1931 in Greven stattfand. Wegen der dokumentarischen Bedeutung wird im folgenden ein wesentlicher Teil des damaligen Zeitungsberichtes wiedergegeben:

An der Aussprache beteiligten sich auch die Abgeordneten Schmelzer und Werdes, die eine Unterstützung der Untersuchung zusagten und ihre Entrüstung zum Ausdruck brachten. Zum Schluss einigte man sich einmütig auf folgende

EntschlieÙung

“Die am 3. Dezember 1931 in Greven von allen Ständen besuchte Versammlung nimmt mit Staunen und Entrüstung davon Kenntnis, dass eine Klärung der Verhältnisse der Siedlung Reckenfeld trotz der wiederholten Eingaben und Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen bis jetzt nicht erreicht werden konnte. Das Amt Greven und die rein ländliche Gemeinde Greven l.d.E. sehen sich nunmehr außerstande, die unerträglichen Lasten der Siedlung, die weit den Rahmen des normalen Aufgabengebietes einer Landgemeinde übersteigen, zu tragen.

Die Grevener Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes und der Partei, fordert mit allem Nachdruck, dass jene Stellen, die die Siedlung ins Leben gerufen und trotz aller Vorstellungen und Vorwarnungen in falscher Weise gefördert haben, jetzt auch die Verantwortung für die Existenz der Siedlung und für die Abwendung des Zusammenbruchs übernehmen.

Auch die Herren Abgeordneten von Westfalen-Nord in Reichs- und Landtag wird die dringende Bitte gerichtet, im Parlament auf Klärung der Vorkommnisse und Beseitigung der unhaltbaren Zustände zu drängen. Weiterhin erwartet die Bevölkerung von Greven, dass die Staatsanwaltschaft die eingeleitete Untersuchung beschleunigt durchgeführt und wenn nötig auf alle beteiligten Kreise ausgedehnt.“

Zum Versammlungsverlauf ist noch zu bemerken, dass Redner aller Parteien und jeden Standes angesichts der allgemeinen Bedeutung des Problems und im wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten, sich bemühten,

auf die naheliegende Möglichkeit einer politischen Propaganda zu verzichten, wenn man von ganz wenigen Andeutungen absieht, die aber der energische und geschickte Verhandlungsleiter sofort unterband. Das ist wohl das deutlichste Zeichen dafür, dass sich die Einwohner des Amtes Greven und besonders die Siedler völlig darin einig sind, dass öffentliche Klärung in allernächster Zeit und sofortige Beseitigung der Missstände eine Notwendigkeit sind.

Die Regierung aber dementiert

Die Regierungspressestelle Münster teil mit:

“In der westdeutschen Presse werden in den letzten Tagen längere Artikel über angebliche Missstände in der Siedlung Hembergen-Reckenfeld bei Greven i.W. veröffentlicht, welche geeignet sind, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Die Verhältnisse in Reckenfeld sind den behördlichen Stellen bekannt. Bereits seit längerer Zeit schweben Ermittlungen auf Grund verschiedener Eingaben. Eine abschließende Stellungnahme der Behörden war bisher nicht möglich, da noch Entscheidungen der Ministerial-Instanz und eines gerichtlichen Verfahrens ausstehen.

Soweit es sich bis jetzt übersehen lässt, sind die Behauptungen teils gänzlich falsch, teils stark übertrieben und liegt keine Anlass vor, von einem Siedlungsskandal zu sprechen.“

Zu dieser ‚Erklärung‘ muss gesagt werden, dass sie keineswegs genügt, die Bewohner des Amtes Greven und besonders die Siedler zu beruhigen. Auch die gesamte Öffentlichkeit muss verlangen, dass notfalls der Herr Regierungspräsident selbst sich der Dinge annimmt; denn die von der Kommission erhobenen Vorwürfe sind berechtigt und bewiesen. Die Mitglieder der Kommission sind sich ihrer schweren Verantwortung voll bewusst und haben auf das sorgfältigste alle Einzelheiten beprüft. Soll das erschütterte Vertrauen zurückkehren, müssen die Schuldigen ermittelt werden, müssen die Fehler besühnt werden, Abhilfe geschaffen werden. Auch die verantwortungsbewusste Presse darf und wird nicht nachlassen, diese berechnete Forderung immer wieder zu erheben.

Bernhard Gronotte